
Hans Maier: Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken und die aktuelle Friedensdiskussion

Prof. Dr. Hans Maier, geb. 1931, ist Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus.

Die Friedensdiskussion in unserem Land ist vielschichtig und umfaßt auch Bereiche, die weit über den Begriff des Friedens im engeren Sinne hinausgehen. Frieden - darauf deuten zahlreiche Äußerungen in der Diskussion hin - ist oft eine Chiffre für geistige, politische und rechtliche Neuorientierungen und für einen Veränderungswillen, der in allen seinen Facetten nicht immer genau zu bestimmen ist.

Nicht von ungefähr bezeichnen sich manche in dieser Diskussion besonders engagierte Gruppen als Bewegung und nehmen damit ein Wort auf, das in Deutschland in den letzten 90 Jahren schon oft für Aufbrüche stand, die sich vom Etablierten absetzten, eine neue Lebensform suchten und Politik anders, ursprünglicher, radikaler verstehen wollten. Es ist gut, auch auf diese geistesgeschichtlichen Zusammenhänge zu achten. Manches kann einen da hellhöriger und nachdenklicher machen.

Historiker, Pädagogen, Seelsorger und Politiker, schließlich alle interessierten Bürger haben jedenfalls Anlaß genug, genau hinzusehen, was sich da als Bewegung präsentiert, und die Ober- und Untertöne in dieser Diskussion herauszuhören. Fähigkeit zur Unterscheidung ist gefragt. Es ist ja ein großer Unterschied, ob *politischer* Friede gewollt wird und unter welchen Bedingungen er erstrebt wird, oder ob unter dem Wort Friede eine neue Art von Politik,

vielleicht sogar eine andere Republik gesucht wird. Es kommen ganz andere Dimensionen in den Blick, wenn sich herausstellt, daß Friede als Formel verstanden wird, mit der man im Umbruch der Werte, im Verlust von Sinnerklärungen oder - ganz einfach gesagt - in den komplizierten Lebensverhältnissen unserer Tage Orientierung und Halt sucht. Und es ist wieder etwas völlig anderes, wenn sich hinter dem Wort Friede Verweigerung und Aussteigermentalität verbergen. Man muß unterscheidend fragen: Was ist Gefühl, was unerlöste Angst, und wo begegnet uns - so paradox das klingen mag - unter dem Begriff Friede der Anspruch einer Lebensanschauung, die Konflikte aufdecken, bewußtmachen, ja sogar provozieren will? Und es ist auch zu fragen, was in der Darstellung und Vermittlung von Politik, in der Information über Konflikte, Bedrohungen und notwendige Voraussetzungen eines Friedens fehlt, veräußert wurde und falsch gemacht worden ist.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat sich diesen Fragen in den letzten Jahren mehrfach gestellt und versucht, zur Unterscheidung der Stimmen, der Argumente und Geister beizutragen. Es hat sich auch nicht gescheut, mit der Stellungnahme seiner Vollversammlung zur aktuellen Friedensdiskussion vom November 1981 die äußere Bedrohung des Friedens klar zu bezeichnen, auf die historischen, rechtlichen und politischen Zusammenhänge aufmerksam zu machen, in denen sie gesehen werden muß, und zugleich Elemente für eine realistische Friedenspolitik unter den gegenwärtigen weltpolitischen Bedingungen zu formulieren. Unser besonderes Anliegen war es dabei stets, gegen eine Verengung und Verkürzung der Friedensdiskussion auf Rüstungsfragen Stellung zu nehmen und an die ganze Breite der Friedensaufgaben zu erinnern. Friedensförderung und Friedenssicherung gehören eng zusammen.

Wie die deutschen Bischöfe in ihrem Wort zum Frieden vom April 1983 geht das Zentralkomitee davon aus, daß der Friede durch totalitäre Systeme und Hochrüstung gleichermaßen gefährdet ist. Dieser Gefährdung muß durch eine politische Strategie der Kriegsverhütung, der Friedensförderung und der Gewaltminderung begegnet werden. Zur Frage der militärischen Friedenssicherung und zum Problem der nuklearen Abschreckung haben wir versucht, Grundsätze und Kriterien vorzulegen, an denen sich verantwortliches politisches Handeln orientieren muß, wenn es ethisch gerechtfertigt sein soll. Oberstes Ziel jedes militärischen Beitrages zur Sicherheitspolitik muß die Verhinderung des Krieges sein, und zwar jeder Art von Krieg. Im Rahmen dieser Zielsetzung kann nach der Auffassung sowohl des Zentralkomitees als auch der deutschen Bischöfe die Strategie der Abschreckung für eine begrenzte Zukunft noch toleriert werden. Der Krieg darf durch sie allerdings nicht wahrscheinlicher werden, die notwendige Rüstung muß durch konzentrierte politische An-

strengungen auf ein möglichst niedriges Niveau gebracht werden und die Auswahl der militärischen Mittel muß mit wirksamer beiderseitiger Rüstungsbegrenzung, Rüstungsminderung und Abrüstung vereinbar sein. Mit den Bischöfen vertreten wir die Auffassung, daß über die politischen und militärischen Wege zur Kriegsverhütung und Friedensförderung verschiedene Antworten möglich sind. Bei gleicher Gewissenhaftigkeit werden hier Christen zu verschiedenen Urteilen kommen können, und niemand hat dabei - wie das Konzil sagt - das Recht, „die Autorität der Kirche ausschließlich für sich und seine eigene Meinung in Anspruch zu nehmen“. Genauso wenig kann die Kirche eine bestimmte Weise politischer Friedenssicherung als die einzig christliche hinstellen.

Von allem Anfang an hat das Zentralkomitee auch auf die enge Verknüpfung von Friede und Recht, von Friede und Freiheit als Voraussetzungen für den inneren und äußeren Frieden hingewiesen. Die Friedensordnung ist ihrem Wesen nach eine Ordnung der Freiheit und des Rechts. Ohne Anerkennung des Rechts und der Freiheit gibt es keinen dauerhaften Frieden. Ideologien, Bewegungen und Staatsformen, die den Bürgern und den Völkern die Freiheit verweigern, können nie dem Frieden dienen. Es reicht nicht aus, das Wort Friede im Munde zu führen. Es kommt vielmehr darauf an, ob sich das Friedensbekenntnis auch mit dem Bekenntnis zur aktiven Verwirklichung von Freiheit und Recht verbindet. Als deutsche Katholiken werden wir um des Friedens willen immer wieder die Zusammenarbeit mit Menschen anderer Religionen, Weltanschauungen und verschiedener politischer Auffassungen suchen. Wir wollen mit ihnen gemeinsam eine friedliche Ordnung der menschlichen Gesellschaft verwirklichen. Wo aber das Recht gebeugt und die Freiheit geleugnet und mit Füßen getreten wird, wo sie leichtfertig aufs Spiel gesetzt und zum Handelsobjekt für trügerische Ruhe gemacht werden, da ist mit unserer Bundesgenossenschaft nicht zu rechnen.

Friede in Freiheit, das ist Anspruch und Garantie unserer Verfassungsordnung und seit 34 Jahren in einer Welt von Konflikt und Krieg unsere Lebenswirklichkeit. Katholiken haben maßgebend an diesem Werk des Friedens mitgebaut. Sie haben gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften eine Politik des Friedens nach innen und außen gestaltet. Was da begonnen und entfaltet worden ist, wollen wir aktiv weitertragen. Im katholischen Volk ist noch die Erinnerung lebendig, was der Niedergang der Weimarer Republik bedeutete: Perversion des Rechtsdenkens, Freiheitsverlust, Zwang und Massenwahn und schließlich vor dem totalen Untergang der Kampf um die Seelen und für viele Tausende das Martyrium. Unser Widerstand gilt deshalb allen, die wiederum die Grenzen des innerstaatlichen Friedensraumes einreißen und diesen Friedensraum schließlich unbewohnbar machen wollen.

Die Päpste der letzten sieben Jahrzehnte sind nicht müde geworden, immer wieder eine Weltfriedensordnung zu fordern. Sie sind lange nicht verstanden worden. Heute wissen wir mehr denn je, wie wichtig diese Weltfriedensordnung ist. Sie ist in einer Welt, in der alles und alle in einer früher nie gekannten Weise aufeinander bezogen, miteinander verwoben sind, ein dringendes ethisches Gebot. Sie wird aber auch immer stärker durch die technischen und politischen Zwänge gefordert, die das Leben in dieser Welt mehr und mehr bestimmen. Im Atomzeitalter reichen zweiseitige Abmachungen nicht mehr aus, und einseitige Entscheidungen bergen höchste Gefahren in sich. Es muß daher ein System der kollektiven Friedenssicherung geben, in dem das Völkerrecht weiterentwickelt, kontrollierte Abrüstung schrittweise durchgesetzt und der Krieg als Mittel der Politik geächtet wird. Der Weg dahin mag noch sehr weit sein, wir müssen ihn aber suchen, ihn passierbar machen und Schritt für Schritt auf ihm vorangehen.

Zu den Schritten in Richtung auf eine Weltfriedensordnung gehören auch alle Anstrengungen zur Linderung von Not, Elend, Hunger und Krankheit in der Welt. Die deutschen Katholiken versuchen schon seit Jahrzehnten durch zahlreiche Werke der Gerechtigkeit dazu ihren Beitrag zu leisten. Die Institutionen Misereor, Adveniat, Missio seien genannt, der weite Bereich caritativer Arbeit und nicht zuletzt das Engagement für die verfolgte Kirche, der Protest gegen solche Staaten, die die Menschenrechte ihrer Bürger mißachten, Terror und Folter nicht scheuen.

Bei allen unseren Bemühungen um eine Weltfriedensordnung in Gerechtigkeit dürfen wir aber nicht dem blinden Eifer der Selbstgerechtigkeit verfallen. Keine Nation darf eine andere völlig in Acht und Bann tun und sie aus der Gesellschaft der Staaten ausstoßen wollen. So werden sachliche und politische Gegensätze nur unnötig verschärft und legitime Auseinandersetzungen zu Unversöhnlichkeit und Feindschaft gesteigert. Wer für die Menschenwürde tätig eintritt, der darf sich gerade um dieser Menschenwürde willen keine vorschnelle moralische Verurteilung anderer anmaßen. Das bedeutet nicht Standpunktlosigkeit, nicht Unempfindlichkeit gegenüber dem Bösen und nicht Unentschiedenheit im Vertreten dessen, was wir als Recht und Gerechtigkeit erkannt haben. Aber es bedeutet, daß der Weg zum Frieden im Frieden zurückgelegt werden muß. Es heißt vor allem auch, nach einem Wort des heiligen Thomas von Aquin, „Gerechtigkeit ohne Klugheit kann nicht vollendete Tugend sein“.

Wahre Tugend kann auch nicht ohne Liebe sein. Wir sind wohl geneigt, das für unser persönliches Leben gelten zu lassen. Aber - so fragen doch viele - taugt denn die Liebe zum Maßstab für die öffentlichen Dinge, für die politische Praxis, gar für die komplizierten internationalen Beziehungen? Allzulange ist

doch verkündet worden, daß Politik nichts mit Moral zu tun habe, daß sie vielmehr die Kunst sei, Ordnungen der Macht zu schaffen und zu sichern. Liebe stand da immer im Schatten von Macht, am Rande der Politik. Und steht sie da nicht auch heute noch?

Wir alle kennen diese Einwände. Und dennoch ist es wahr, daß die Liebe das eigentliche Form- und Gestaltungsprinzip einer Ordnung der Freiheit und Gerechtigkeit ist, die dem Frieden dient. Ohne sie wird dieses Ordnungsgefüge gestört, ohne sie entartet Freiheit zu individueller Beliebigkeit, wird Gerechtigkeit grausam. Heute sprechen wir viel von Solidarität. Das ist eigentlich nur ein anderes Wort für die Liebe, die hier gemeint ist. Und seit Papst Johannes XXIII. ist dieses Wort auch so in der Kirche gebraucht worden.

Liebe - Gottes- und Menschenliebe - ist das Hauptangebot unseres Glaubens. Dieses Gebot verpflichtet uns, die Liebe zur Triebkraft unseres Handelns zu machen. Wir täuschen uns dabei nicht über das Böse in der Welt hinweg. Wir wissen aber auch, daß wir aus einem Überschuß an Liebe leben, den uns Gott in Jesus Christus geschenkt hat. Ihn müssen wir in alle Bereiche dieser Welt einbringen. Das bedeutet: Bereitschaft zur Versöhnung und zum Großmut. Das heißt Liebe, die Feindschaft und Gewalttätigkeit nicht einfach mit der gleichen Münze heimzahlt, sondern durch beharrliches Einwirken zu wandeln versucht. Das fordert von uns auch da, wo wir aus Liebe und Verantwortung das Recht und die Freiheit unserer Mitmenschen gegen ungerechte Gewalt verteidigen müssen, daß wir aus der gleichen Liebe die Beziehungen zum Gegner und die Chance für ein friedliches Miteinander-Auskommen nicht im Kern zerstören.

Diese Liebe muß viele Spannungen aushalten können: die Spannung des „Jetzt schon“ und „Noch nicht“, die die Heilsordnung seit der Menschwerdung Christi bis zu seiner Wiederkunft durchzieht und gerade in dem großen Unfrieden in der Welt so bitter spürbar wird; die Spannung, die immer dort auftritt, wo wir in Sachen Gerechtigkeit und Frieden Entscheidungen treffen müssen, die den rein persönlichen Bereich überschreiten, wo es um die Folgen für die Gemeinschaft geht, um deren Freiheit und deren Sicherheit, ja um deren Existenz.

Diese Liebe besiegt die Angst, die uns so oft umtreibt und uns den Blick auf das verstellt, was wir jetzt tun müssen und tun können. Sie besiegt die Angst durch die Gottesfurcht, von der der Psalmist sagt, daß sie aller Weisheit Anfang ist (Ps. 111,10).

Freiheit, Gerechtigkeit und Liebe sind drei Wegweiser zum Frieden. Ihnen nachzugehen und dabei möglichst viele unserer Mitbürger auf diesen Weg mit-

zunehmen, ist eine vordringliche Aufgabe katholischer Laienarbeit in dieser Zeit. Freiheit, Gerechtigkeit und Liebe sind unverzichtbar, wenn unser Land auch in Zukunft in Frieden leben soll.